

Sehr geehrte Mitglieder des Vorstands des AfD-Kreisverbands Augsburg-Land,

der Vorstand der AfD Bayern gibt Ihnen hiermit seinen folgenden Beschluss vom 29.09.2025 bekannt:

Der Vorstand des AfD-Kreisverbands Augsburg-Land wird seines Amtes enthoben.

Begründung:

Die Amtsenthebung des Kreisvorstands des AfD-Kreisverbands Augsburg-Land (nachfolgend jeweils der „Kreisverband“ und der „Kreisvorstand“) stützt sich auf die folgenden Erwägungen.

I. Tatsächliches

In tatsächlicher Hinsicht stellen sich die Verhältnisse wie folgt dar:

1. Ablehnung von Aufnahmeanträgen

Der Kreisvorstand hat seit 2024 in mindestens fünf Fällen Anträge auf Aufnahme in die Partei ohne jeglichen erkennbaren Sachgrund abgelehnt und in zwei Fällen aus nicht nachvollziehbaren Motiven lediglich Fördermitgliedschaften angeboten, obwohl Vollmitgliedschaften beantragt waren. Das Angebot der Fördermitgliedschaften wurde dementsprechend ausgeschlagen.

Dies führte dazu, dass mehrere Kreisvorstandsmitglieder, die die im Ergebnis abgelehnten Beitrittsgesuche unterstützt hatten, keine weiteren Aufnahmegespräche mehr führten, da sie befürchteten, dass auch diese Kandidaten am Ende willkürlich abgelehnt werden würden. Dadurch gibt es derzeit ca. 10 bis 15 weitere sehr interessierte Beitrittskandidaten, mit denen erst gar Aufnahmeverfahren in Gang gesetzt werden konnten.

Sodann hat der Kreisvorstand Anfragen zu laufenden Aufnahmeverfahren durch einzelne Kreisvorstandsmitglieder systematisch ignoriert.

2. Kreisvorstandseigene Geschäftsordnung mit einseitiger Kompetenzverteilung

Der Kreisvorstand hat sich eine eigene Geschäftsordnung gegeben. Gemäß dieser verteilen sich die 16 verschiedenen Zuständigkeitsgebiete auf die verschiedenen Kreisvorstandsmitglieder bei Verabschiedung der GO wie folgt:

Jörg M. Damaliger (Vorsitzender): 0 Stellungen als Verantwortlicher, 3 Stellungen als stellvertretender Verantwortlicher

Pascal P. (Stellvertretender Vorsitzender): 11 Stellungen als Verantwortlicher, 3 Stellungen als stellvertretender Verantwortlicher

Rainer K.: 3 Stellungen als Verantwortlicher, 3 Stellungen als stellvertretender Verantwortlicher

Stefan K.: 3 Stellungen als Verantwortlicher, 6 Stellungen als stellvertretender Verantwortlicher

Andreas P.: 0 Stellungen als Verantwortlicher, 2 Stellungen als stellvertretender Verantwortlicher

Gabrielle M.: 0 Stellungen als Verantwortlicher, 1 Stellung als stellvertretender Verantwortlicher

Frank E.: 1 Stellung als Verantwortlicher, 1 Stellung als stellvertretender Verantwortlicher

Gründe für diese ungleiche Ressortverteilung wurden zu keinem Zeitpunkt vorgebracht.

3. Nichtbefolgung eines Antrags auf Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung

Am 13.02.2025 beantragten über 10 % der Mitglieder des Kreisverbands beim Kreisvorstand die Durchführung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zwecks Abwahl von vier Kreisvorstandsmitgliedern. Dieser Antrag wurde dem Kreisvorstand am 13.03.2025 nochmals via E-Mail zugestellt. Am 28.04.2025 wurde zudem derselbe Antrag dem Kreisvorstand ein weiteres Mal inzident in einem schiedsgerichtlichen Verfahren auf Ermächtigung zur Einberufung der beantragten außerordentlichen Mitgliederversammlung zugestellt. Im September setzte der Landesvorstand dem Kreisvorstand sodann eine zehntägige Frist zur Ladung zur beantragten Mitgliederversammlung. All dies wurde vom Kreisvorstand ohne erkennbaren Grund ignoriert.

4. Unterlassene Ladung zu Wahlversammlungen in mehreren Ortsverbänden

Am 17.06.2024 trat der Vorsitzende des Ortsverbandes Neusäß zurück. Dadurch hatte der dortige Vorstand nur noch zwei Mitglieder. Darauf wurde der Kreisvorstand umgehend hingewiesen. Dennoch unterließ er es bis heute, zu einer Mitgliederversammlung zwecks Nachwahl eines dritten Mitglieds des Vorstands des Ortsverbandes Neusäß zu laden.

Am 20.04.2025 trat der Vorsitzende des Ortsverbandes Zusmarshausen zurück. Dadurch hatte der dortige Vorstand nur noch zwei Mitglieder.

Darauf wurde der Kreisvorstand umgehend hingewiesen. Dennoch unterließ er es bis heute, zu einer Mitgliederversammlung zwecks Nachwahl eines dritten Mitglieds des Vorstands des Ortsverbandes Zusmarshausen zu laden.

5. Vereitelung einer Kandidatenliste für die Gemeinderatswahl 2026 in der Gemeinde Ehingen

Durch die unter 1. bereits dargelegte Ablehnung von Neumitgliedern gibt es in der Gemeinde Ehingen derzeit nicht ausreichend Kandidaten für die kommende Gemeinderatswahl 2026. Dabei wäre u. a. einer der grundlos abgelehnten Beitrittskandidaten fähig und willens, für den Gemeinderat zu kandidieren und dadurch dazu beizutragen, die erforderliche Mindestkandidatenanzahl zu erreichen, um eine Wahlliste aufstellen zu können.

6. Verweigerung der Weitergabe der Mitgliederdaten an zwei Ortsvorstände

Mehreren Ortsverbandsvorsitzenden wird seit mehreren Monaten vom Kreisvorstand ohne erkennbaren Grund die Weitergabe der Mitgliederdaten in ihrem Ortsverband verweigert, obwohl die Weitergabe dieser Informationen bereits mehrfach beantragt wurde.

7. Geschäftsordnungswidrige Beschlussfassungen

Die Kreisvorstandsmitglieder wurden bereits wiederholt mit einer Ladungsfrist von weniger als einer Woche zu Kreisvorstandssitzungen geladen.

Beispielhaft seien hier Ladungen am 27.05.2025 für eine Sitzung am 30.05.2025, am 13.06.2025 für eine Sitzung am 14.06.2025 und am 12.07.2025 für eine Sitzung am 15.07.2025 genannt.

8. Einseitige Terminierung von Kreisvorstandssitzungen

Der stellv. Kreisvorstandsvorsitzende legt regelmäßig Termine für Kreisvorstandssitzungen fest, ohne davor mit den übrigen Kreisvorstandsmitgliedern im Vorfeld abzusprechen, ob diese an den jeweiligen Terminen verfügbar sind. Noch dazu sind die dann gewählten Zeiten für berufstätige Vorstandsmitglieder oft nicht zumutbar. In einem Fall wurde bspw. an einem Dienstagvormittag um 11.00 Uhr getagt. Dies führte bereits wiederholt dazu, dass ein Kreisvorstandsmitglied zu den Sitzungen nicht erscheinen konnte, obwohl die Sitzungen auch ohne Einbußen ihrer Effektivität und Zweckmäßigkeit an einem anderen Termin abgehalten hätten werden können.

9. Zweckwidrige Spendenverwendung

Der Kreisverband erhielt im Jahr 2024 eine Spende i. H. v. 50 € unter der Auflage, diese für eine Veranstaltung im Wahlkampf zur Wahl des EU-Parlaments 2024 mit Maximilian Krah in Meitingen zu verwenden. Weder verwendete der Kreisvorstand diese Spende dann jedoch entsprechend noch erstattete er sie anschließend an die Spenderin zurück.

10. Aufnahme eines Beitrittskandidaten ohne erforderliche Stimmenmehrheit

Am 04.02.2025 stimmte der Kreisvorstand über die Aufnahme eines Beitrittskandidaten ab. Drei Mitglieder stimmten für die Aufnahme. Im Aufnahmeprotokoll wurden dennoch wahrheitswidrig vier Ja-Stimmen vermerkt. Auf dieser Grundlage erfolgte später die Aufnahme des Antragstellers.

II. Rechtliches

Durch das dargelegte Verhalten hat der Kreisvorstand nach § 8I, II a) Bundessatzung AfD beharrlich sowohl gegen die Ordnung als auch die Satzung der Partei verstoßen, weshalb ernach § 8 I a), III 1 Bundessatzung AfD seines Amtes enthoben wird.

1. Maßstab

Aus § 5 I 1 Bundessatzung AfD resultiert die Pflicht aller Mitglieder, die Zwecke der Partei zu fördern.

Existenz, Funktions- und Konkurrenzfähigkeit einer Partei werden dabei erst durch die Aufnahme neuer Mitglieder gewährleistet. Dementsprechend ist sind für die Aufnahme neuer Parteimitglieder zuständige Altmitglieder, insbesondere also der jeweilige Vorstand, nach § 5 I 1 Bundessatzung AfD verpflichtet, alle notwendigen Handlungen vorzunehmen, die für die Aufnahme erforderlich sind und eine Aufnahme nicht sachgrundlos zu verzögern, erschweren oder verhindern.

Des Weiteren besteht aufgrund der herausragenden Bedeutung der Wahlteilnahme für die Partei (Vgl. §§ 1 II, 2 I 1, II 1 PartG, Art. 21 I 1 GG) eine damit notwendig einhergehende Pflicht eines jeden Parteimitglieds, dieses Ziel zu unterstützen oder zumindest nicht zu gefährden.

Weiter ist der Kreisvorstand nach § 12 II 1 Landessatzung AfD Bayern verpflichtet, im Falle der Handlungsunfähigkeit eines Ortsvorstandes unverzüglich zu einer Mitgliederversammlung zwecks Wahl der fehlenden Ortsvorstandsmitglieder zu laden.

Sodann muss der Kreisvorstand auf Begehren von mindestens 10 % der Kreisverbandsmitglieder nach § 8 III 2 Landessatzung AfD Bayern, §§ 37 I, 54 I 1 BGB zur beantragten außerordentlichen Mitgliederversammlung laden.

Bei der Beschlussfassung hat der Kreisvorstand darüber hinaus die Anforderungen an die Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung nach §§ 20, 22 I 1 GeschO-KVV/A zu beachten. Dabei darf der Vorsitzende zu Kreisvorstandssitzungen nach § 15 III 1 GeschO-KVV/A außer in dringlichen Fällen i. S. d. § 15 III 2 GeschO-KVV/A nur mit einer Frist von mindestens sieben Tagen laden.

Zudem sind alle Kreisvorstandsmitglieder entsprechend ihrer organschaftlichen Treuepflicht zur kollegialen und gleichberechtigten Zusammenarbeit verpflichtet.

Willkürliche Ungleichbehandlungen sind ebenso unzulässig wie sonstige Amtshandlungen, durch die die gebotene Rücksicht auf die Interessen der Vorstandskollegen ohne erkennbaren Grund verletzt wird.

Den Kreisvorstand trifft außerdem die Pflicht, den Ortsvorständen die Informationen zur Verfügung zu stellen, die letztere für die ordnungsgemäße Leitung ihres Ortsverbandes benötigen. Dazu gehören insbesondere die Mitgliederlisten.

Zuletzt hat der Kreisvorstand für eine rechtmäßige Verwendung erhaltener Spenden zu sorgen. Sind diese zweckgebunden und kann der Zweck nicht mehr erreicht werden, muss er sie dementsprechend nach § 527 I BGB zurückerstatten und darf diese nicht einfach einbehalten und zweckentfremden.

2. Verstöße

Der Kreisvorstand hat in mehreren Fällen Mitgliedsanträge ohne erkennbaren Sachgrund abgelehnt oder antragswidrig lediglich Fördermitgliedschaften in Aussicht gestellt und dadurch wiederholt sowohl gegen seine allgemeine Loyalitätspflicht gemäß der Ordnung der Partei als auch gegen § 5 I 1 Bundessatzung AfD verstoßen.

Dadurch hat er auch den Antritt der AfD bei den Gemeinderatswahlen in Ehingen im kommenden Jahr gefährdet. Während die Partei dort hohe Zustimmungswerte und daher gute Chancen auf mehrere Plätze im Gemeinderat hat, führt die Ablehnung von Mitgliedsanträgen dazu, dass die Aufstellung einer Kandidatenliste möglicherweise mangels zur Kandidatur bereiten Parteimitgliedern nicht zustande kommen wird.

Die seit mehreren Monaten bzw. sogar seit über einem Jahr andauernde Verschleppung von Ladungen zu Neuwahlen in den Ortsverbänden Neusäß und Zusmarshausen verstößt dann gegen § 12 II 1 Landessatzung AfD Bayern.

Sachgründe, wieso der Kreisvorstand derart lange mit den Ladungen wartet, sind nicht erkennbar.

Ebenfalls pflichtwidrig ist die seit nunmehr über sieben Monaten andauernde gegen § 8 III 2 Landessatzung AfD Bayern, §§ 37 I, 54 I 1 BGB verstoßende unterlassende Umsetzung des Antrags auf Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zwecks Abwahl der Kreisvorstandsmitglieder Pascal P., Stefan K., Andreas P. und Rainer K.

Hinzu kommen die zahlreichen unter Verstoß gegen § 15 III 1 GeschO-KVV/A durchgeführten Kreisvorstandssitzungen. Insbesondere war keine derselben dringlich i. S. d. § 15 III 2 GeschO-KVV/A.

Mit diesem Vorwurf in Zusammenhang steht auch das treuepflichtwidrige und rücksichtslose Verhalten des stellv. Kreisverbandsvorsitzenden:

Die Terminierung zahlreicher Kreisvorstandssitzungen ohne vorherige Abklärung der zeitlichen Verfügbarkeit mit allen Kreisvorstandsmitgliedern, teilweise auch unter der Woche am Vormittag, ist mit dem Gebot kollegialer Vorstandsarbeit nicht vereinbar.

Gleiches gilt für die unerklärbar einseitige Konzentration von Vorstandskompetenzen bei zwei bis drei Kreisvorstandsmitgliedern gemäß § 7 GeschO-KVV/A, ganz besonders beim stellvertretenden Vorsitzenden Pascal P. In dieses Bild einer willkürlichen Verbandsleitung fügt sich die verweigerte Mitteilung der Mitgliederinformationen an den Vorstand des Ortsverbands Meitingen lückenlos ein, obwohl letzterer auf diese Informationen für eine ordnungsgemäße Verbandsführung zwingend angewiesen ist.

Zuletzt ist auf den gegen § 527 I BGB verstoßenden Einbehalt der Spende hinzuweisen. Obwohl der Kreisvorstand sich gegen die Wahlkampfveranstaltung mit Maximilian Krah im Europawahlkampf 2024 entschied, unternahm er keine Anstalten, die dafür zweckgebundene Spende zurückzuerstatten.

Aufgrund der hohen Anzahl an Verstößen ist das Kriterium der Beharrlichkeit nach § 8 II a) Bundessatzung AfD erfüllt. Das Fehlverhalten wird zudem durch die Hartnäckigkeit und Vorsätzlichkeit des Vorgehens, das zu alledem bzgl. der willkürlich abgelehnten Mitgliederaufnahmen auch nach § 266 I StGB strafbar ist, verschärft. Gleichzeitig sind keine entschuldigenden oder zumindest mildernden Umstände zugunsten des Kreisvorstands ersichtlich. Aufgrund der enormen Anzahl und Schwere der Verstöße wäre auch die u. U. erforderliche Verhältnismäßigkeit der Amtsenthebung gegeben.

III. Folgen

Der Beschluss der Amtsenthebung tritt nach § 8 III 1 Bundessatzung AfD mit sofortiger Wirkung in Kraft. Dementsprechend sind Sie bereits seit dem 29.09.2025 Ihres Amtes enthoben. Alle von Ihnen nach dem Amtsenthebungsbeschluss gefassten Beschlüsse sind nichtig. Die weitere Ausübung Ihrer Ämter ist Ihnen strengstens untersagt. Der Landesvorstand wird sich um das weitere Vorgehen, insbesondere die Organisation von Neuwahlen, kümmern.

Stephan Protschka
Vorsitzender

Rene Dierkes
Schriftführer